

Referendar/in....., den .....  
Az:.....

Oberlandesgericht Oldenburg  
Richard-Wagner-Platz 1  
26135 Oldenburg

### **Ausbildung in einem Wahlbereich in der Wahlstation**

Hiermit teile ich verbindlich mit, daß ich für die Ausbildung in der Wahlstation vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ folgenden Wahlbereich gewählt habe:

Zivil- und Strafrecht     Staats- und Verwaltungsrecht     Wirtschafts- und Finanzrecht     Arbeits- und Sozialrecht     Europarecht

Als Ausbildungsstelle habe ich gewählt:

---

(bitte vollständigen Namen und vollständige Anschrift **einer** Ausbilderin/**eines** Ausbilders eintragen, die/der für die Ausbildung verantwortlich ist und das Zeugnis erstellt)

Die erforderliche Einverständniserklärung liegt an.  
**(unbedingt erforderlich, sonst keine Bearbeitung möglich)**

Sollten Sie von Ihrer Ausbildungsstelle eine Zusatzvergütung erhalten, weise ich darauf hin, dass Zusatzvergütungen nur im Rahmen von Nebentätigkeiten zulässig sind. Diese Nebentätigkeiten müssen außerhalb des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses stattfinden. Die Aufnahme der Nebentätigkeit ist anzeigepflichtig. Zudem ist die Höhe der damit verbundenen zusätzlichen Vergütung anzuzeigen, da auch eine Anrechnung nach § 65 BbesG in Betracht kommen kann.

Ich versichere, dass es sich bei der Ausbilderin/dem Ausbilder nicht um Angehörige bzw. Lebenspartner handelt.

Ich beantrage mich in der Wahlstation, **die ich in Niedersachsen absolviere**, folgender Arbeitsgemeinschaft zuzuweisen, wobei der Teilbereich dem gewählten Wahlbereich entsprechen muss:

Zivilrecht     Strafrecht     Staats- u. Verwaltungsrecht     Wirtschaftsrecht  
 Finanzrecht     Arbeitsrecht     Sozialrecht     Europarecht

Falls keine Arbeitsgemeinschaft im Sozialrecht, Europarecht bzw. Wirtschaftsrecht stattfindet, ist die Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft im Staats- und Verwaltungsrecht (für Sozialrecht und Europarecht) bzw. im Zivilrecht (für Wirtschaftsrecht) vorgesehen.

Während der Ableistung in einem **anderen Bundesland oder im Ausland besteht keine Pflicht, an einer Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen.**

Ich nehme an keiner Arbeitsgemeinschaft teil, da meine Wahlstation außerhalb Niedersachsens stattfindet.

Ich möchte an einer Arbeitsgemeinschaft teilnehmen, obwohl meine Wahlstation außerhalb Niedersachsens stattfindet. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Erstattung von Reisekosten zum Arbeitsgemeinschaftsort in diesem Fall nicht in Betracht kommt, ich aber trotzdem zur regelmäßigen Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaftsterminen verpflichtet bin.

.....

(Unterschrift)

**Wichtig !!: Die Akten, die dem Vortrag zugrunde liegen, beziehen sich auf den vom Prüfling gewählten Wahlbereich. Spätestens zwei Monate vor Ende der Wahlstation kann die Referendarin oder der Referendar im Falle eines Wahlbereiches gem. § 29 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder Nr. 4 NJAVO beantragen, welchem Teilbereich der Vortrag zu entnehmen ist (§ 39 Abs. 2 NJAVO). Die Mitteilung des Teilnahmewunsches an der Arbeitsgemeinschaft beinhaltet nicht automatisch die Wahl des entsprechenden Prüfungsfaches.**